

Presseinformationen

12.12.2025 | Tierschutz

Annabell Krämer zu TOP 13+17 "Einsatz für wirksame Verhinderung von Qualzucht"

In ihrer Rede zu TOP 13+17 (Gemeinsame Beratung a) Erhalt, Verstetigung und sofortige Korrektur des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung; b) Tierschutz umfassend stärken – Tierschutzstrategie für Schleswig-Holstein; c) Einsatz für wirksame Verhinderung von Qualzucht) erklärt die stellvertretende Vorsitzende und tierschutzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Annabell Krämer**:

„In zwei Wochen feiern wir Weihnachten. Eine Zeit, in der wir über Fürsorge sprechen, über Verantwortung für die, die von uns abhängig und die uns wichtig sind. Und genau deshalb ist dieser Tagesordnungspunkt heute so wichtig.

Tierschutz ist kein Luxus, kein ‚nice to have‘ – er ist unsere verdammte Pflicht und zwar verankert in unserer Landesverfassung. Artikel 11 schreibt es uns ins Stammbuch: ‚Die natürlichen Grundlagen des Lebens sowie die Tiere stehen unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung.‘ Und treibende Kraft für die Aufnahme des Tierschutzes in unsere Landesverfassung war mein FDP-Fraktionskollege Heiner Garg. Heiner, das war großartig!

Und dennoch erleben wir in Schleswig-Holstein selbst und auf Bundesebene ein politisches Handeln, das diesem Anspruch meistens nicht gerecht wird. Fangen wir mit dem Umbau der Tierhaltung an. Der SSW fordert, dass sich die Landesregierung im Bund für die Rücknahme der Kürzungen beim Bundesprogramm einsetzt. Und ich sage ganz klar: Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich! Dass es in Schleswig-Holstein immer noch Schweine gibt, die einmal im Leben Tageslicht sehen, und zwar dann, wenn sie den Transporter verlassen und auf dem Weg zur Schlachtung sind, ist für uns Freie Demokraten untragbar!

Selbst der ehemalige Landwirtschaftsminister Werner Schwarz sagte, dass man sich nicht über den Widerstand der Tierschützer wundern müsste, wenn es in Schleswig-Holstein noch – zum Teil – solche Zustände gäbe. Der Umbau der Tierhaltung braucht langfristige Planungssicherheit! Wer Investitionen will, braucht Verlässlichkeit. Und wer Tierwohl fordert, muss es finanzieren – nicht nur in Sonntagsreden.

Wir Freie Demokraten setzen uns konsequent dafür ein, Genehmigungsverfahren zu verschlanken, Bürokratie abzubauen und Tierwohlinvestitionen attraktiv und wirtschaftlich kalkulierbar zu

machen. Es hilft niemandem, wenn Betriebe in Auflagen ersticken und am Ende aufgeben. Ein Tier wird nicht glücklicher, wenn der Stallbesitzer davor kapituliert.

Kommen wir zur Tierschutzstrategie: Vieles, was dort gefordert wird, ist richtig: klare Zuständigkeiten, messbare Ziele, eine bessere Bekämpfung des illegalen Online-Handels, Schutzprogramme für Katzen. Aber ich sage Ihnen genauso deutlich: Eine weitere Strategie für die Schublade bringt Schleswig-Holstein keinen Zentimeter weiter. Denn während wir hier über Tierschutzkonzepte sprechen, erleben die Tierheime draußen im Land eine Realität, die ganz anders aussieht:

- keine verlässliche Finanzierung,
- immer mehr Fund- und Abgabetiere,
- immer mehr gesetzliche Auflagen.

Und null Unterstützung im Landeshaushalt. Ich wiederhole: Null Euro für Tierheime im Haushalt 2025 – und erneut im Haushalt 2026. In der Weihnachtszeit sprechen wir viel über Nächstenliebe. Ich frage Sie: Wie passt das zusammen mit der völligen Ignoranz gegenüber denjenigen, die jeden Tag Tierleben retten? Das ist nicht nur fahrlässig. Das ist ein politisches Signal. Und zwar ein fatales! Denn ohne Tierheime gibt es in der Praxis schlicht keinen Tierschutz.

Wir Freie Demokraten sagen deshalb, dass Tierheime endlich eine verlässliche Grundfinanzierung brauchen. Tierheime sind keine Bittsteller, sondern systemrelevant. Ohne sie funktioniert Tierschutz de facto nicht – Punkt. Die Aufnahme von Fundtieren ist eine pflichtige Aufgabe der Kommunen und die Landesregierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese wahrgenommen wird. Wir fordern erneut die Übernahme der Finanzierung von Tierheimen als Vorwegabzug über den kommunalen Finanzausgleich. Diese Forderung haben wir schon in der Jamaika-Koalition gestellt, CDU und Grüne wollten das aber nicht mitgehen. Wir erhalten diese Forderung aufrecht! Es darf nicht länger so sein, dass Ehrenamtliche in Tierheimen ihre Ressourcen verwenden, um Ansprüche gegenüber den Kommunen durchzusetzen – hier bedarf es endlich einer klaren Durchsetzung der Ansprüche über den kommunalen Finanzausgleich.

Und nun zu einem Herzensthema von uns Freien Demokraten: Schluss mit der Qualzucht! Stellen Sie sich einen Hund vor, der aussieht, als würde er lächeln – große Kulleraugen, runde Nase, niedlich fürs Foto. Oft ein Social Media-Star – passt vielleicht sogar ins Handtäschchen. Und nun stellen Sie sich denselben Hund nachts im Körbchen vor: mit weit aufgerissenem Maul, weil er kaum Luft bekommt. Sein Brustkorb vibriert, wenn er nur ein paar Schritte läuft. Im Sommer kollabiert er, weil seine Atmung versagt. Dieses Tier lächelt nicht. Es ringt um sein Leben. Das ist Qualzucht.

Tiere, die wir so züchten, damit sie besonders aussehen, führen ein Leben voller Atemnot, Schmerzen, Entzündungen, Fehlstellungen, Bewegungseinschränkungen und chronischer Leiden. Und das betrifft längst nicht nur die bekannten Extrembeispiele wie Möpse oder Französische Bulldoggen. Tierärztinnen berichten von Katzen mit deformierten Schädeln, von Hunden, die nie rennen können, Jungtieren, die kaum einen Monat alt sind und schon operiert werden müssen,

und Halterinnen und Halter, die erst erfahren, dass ihr Tier leidet, wenn es schon kaum therapiert werden kann. Qualzucht ist kein Randthema. Qualzucht ist keine Modeerscheinung, die durch Social Media befeuert werden darf. Und Qualzucht darf auch kein Geschäft mehr sein.

Qualzucht ist systematisches, vermeidbares, menschengemachtes Leiden. Und das mitten in einer Gesellschaft, die sich jetzt in der Adventszeit gerne ‚tierlieb‘ nennt. Wir Freie Demokraten sagen: Es reicht! Und genau deshalb bringen wir diesen Antrag heute ein. Wir fordern, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat aktiv wird. Wir brauchen ein bundesweit einheitliches Ausstellungs-, Verkaufs- und Zuchtverbot für Tiere mit Qualzuchtmerkmalen, eine klare und regelmäßig aktualisierte Liste solcher Merkmale, verbindliche Dokumentation für Zuchten und Handel und einen Vollzug, der funktioniert. Tiere können nicht für sich sprechen. Aber sie zeigen uns jeden Tag, wie es ihnen geht. Es ist an uns hinzusehen. Und es ist unsere Pflicht zu handeln. Mit unserem Antrag setzen wir ein klares Zeichen – für Respekt vor Leben, für Verantwortung und für ein Ende der Qualzucht!

Drei Anträge – ein fast gemeinsamer Nenner: Tierschutz braucht Verlässlichkeit. Tierschutz braucht Mut. Und Tierschutz braucht Ehrlichkeit. Nicht mit Kürzungen bei Bundesprogrammen, nicht mit Wegdücken bei der Landesregierung und schon gar nicht mit Wegschauen bei Qualzucht. Weihnachten erinnert uns daran, Verantwortung zu übernehmen – besonders für die, die keine Stimme haben. Lassen Sie uns dieser Verantwortung gerecht werden. Zeigen Sie Herz gegen falschen Lobbyismus.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Annabell Krämer

Sprecherin für Finanzen, Haushalt, Sport, Tierschutz, Tourismus, Frauen, Gleichstellung

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de